



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

γ.: Aus Schwaben.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Aus Schwaben.

6. März.

Unsere Minister athmen auf von der lästigen Controle, welche die Landesvertretung über ihre schleswig-holsteinische Politik ausgeübt hat. Morgen wird der Landtag, der am 24. Nov. zusammengetreten war, wieder vertagt. Die Erledigung des Budgets und der Eisenbahnvorlagen, welche beide noch auf sich warten lassen, sind einer späteren Periode vorbehalten.

Die wichtigeren Gesetzeswürfe, welche in dieser Zeit berathen wurden, sind die über die bürgerliche Emancipation der Juden, über die Einführung des deutschen Handelsgesetzbuchs und über die Ablösung der privatrechtlichen Leistungen für öffentliche Zwecke.

Das Einführungsgesetz zum Handelsgesetzbuch und die auf letzteres begründete Einführung von Handelsgerichten war Gegenstand sehr langwieriger Debatten. Die Handelsgerichte insbepondere fanden lebhaften Widerspruch; der sich theils aus einseitig juristischen Gründen gegen das Institut überhaupt richtete, theils darauf beruhte, daß die Wohlthat eines auf Oeffentlichkeit und Mündlichkeit begründeten Verfahrens damit nur einem abgesonderten Zweig zu Theil werde, im Uebrigen aber die Justizverfassung davon nicht berührt werde. Allein den Ausschlag mußte die Erwägung geben, daß denn doch das alte Verfahren damit wenigstens an einem Punkte durchbrochen und dem Fortschritt somit die Bahn eröffnet sei. Das Justizministerium gab nicht undeutlich zu verstehen, daß eine Verwerfung der Vorlage für das ganze projectirte Reformwerk ein übles Präjudiz bilden würde. Man weiß nämlich, daß die organisatorischen Plane dieses Ministeriums auf hartnäckigen Widerstand im Geheimen Rath, diesem ewigen Hemmschuh unserer Gesetzgebung, stoßen und demselben jene Verwerfung nur eine willkommene Handhabe gewesen wäre, seinen Widerstand durch die Berufung auf die Abneigung der Landesvertreter zu decken. Die Reformplane haben aber einen um so schwierigeren Stand, als sie nicht bloß nach oben, sondern auch in der Bevölkerung selbst auf Vorurtheile aller Art stoßen. Bekanntlich hängt unser Volksstamm mit ganz besonderer Fähigkeit an alten festgewurzelten Einrichtungen, zumal wenn ein beträchtlicher Kostenaufwand mit der Verbesserung verknüpft ist. Eben aus Sparsamkeitsrückichten werden auch die Handelsgerichte bei uns nur ein verkümmertes Dasein erhalten. Der Entwurf ging aus den Berathungen der Kammer dermaßen zugerichtet hervor, daß einige Resignation vom Justizministerium dazu gehört, ihn bei den weiteren Factoren der Gesetzgebung zu vertreten.

Der Gesetzesentwurf zur Ablösung der Complexlasten befindet sich zwar noch im Stadium einer Vorfrage, doch ist sein Zustandekommen so gut als gesichert. Derselbe bildet eine Ergänzung zu den Ablösungsgesetzen von 1848 bis 1849, welche den durch diese Betroffenen zu Gute kommt. Die zweite Kammer weigerte sich lange in die Berathung des Entwurfs einzugehen, weil bei den bekannten Beschwerden des standesherrlichen und ritterschaftlichen Adels und bei den Versuchen des Ministeriums Linden, eine Nachtragsentschädigung für die vormals Privilegirten dem Lande abzunöthigen, die Grundlage des ganzen Ablösungswerks in Frage stand. Auch jetzt verlangt die Kammer, bevor sie das Gesetz veräth, eine rechtlich bindende Erklärung, daß sie die von der Bundesversammlung in Anspruch genommene Zuständigkeit zur Erledigung der vom Adel erhobenen Beschwerden auch ihrerseits fernerhin nicht anerkennen und im Falle eines in dieser Angelegenheit etwa ergehenden Bundesbeschlusses einseitig nicht vorgehen werde. Die Kammer sah sich hierzu um so mehr genöthigt, als die Besorgnisse vor einer hereinbrechenden Reaction vielfach getheilt werden. Nach den Erklärungen, welche Herr v. Linden abgab, ist indessen an der Erfüllung jenes Verlangens und damit an dem endlichen Abschluß der ganzen Ablösungsgesetzgebung nicht zu zweifeln.

Von den Gegenständen, welche in der gegenwärtigen Session nicht zur Berathung kamen, ist der bemerkenswerthe der preußisch-französische Handelsvertrag. Nach der Stimmung, welche weitaus die vorherrschende ist, hätte man erwarten sollen, daß die Kammer sich mit aller Energie schleunigst auf diese Frage werfen würde, um wo möglich vor der Entscheidung noch ein Gewichtchen in die Waagschale zu legen. Aber man sah mit Recht, daß die Riesearbeit M. Mohls, von der man sich so bedeutende Wirkungen versprochen hatte, sehr post festum gekommen war, und daß eine theoretische Debatte im jetzigen Augenblick einen eigenthümlichen Eindruck machen müßte. Am 19. Februar fand über diese Frage eine kleine Conversation statt, welche zeigte, daß die schutzöllnerische Partei auf dem Standpunkte der Resignation angekommen ist. Für Mohl ist es freilich schmerzlich, die Frucht eines anderthalbjährigen Fleißes einfach ad acta gelegt zu sehen, noch schmerzlicher, daß er in dieser Sitzung spitzige Worte über sein voluminöses Werk zu hören bekam, aus derselben Kammer, die doch durch das Organ ihrer volkswirtschaftlichen Commission ihre wesentliche Uebereinstimmung mit den Anschauungen des unermüdelichen Schutzöllners documentirt hatte.

Resignation — dies ist nun auch der Eindruck, den die letzten Kundgebungen der Kammer in der großen nationalen Frage machten. Am 26. Februar fand noch einmal eine eingehende Debatte statt, bei der es sich diesmal um einen greifbaren Gegenstand, um die Exigenz des Kriegsministeriums zur Vorbereitung einer etwaigen Mobilmachung handelte. Die verlangte Summe war nicht be-

deutend, aber um so gewisser war es auch, daß jeder Gedanke an eine großartige active Politik der Mittelstaaten, wenn er ja einmal gehegt wurde, längst wieder aufgegeben war. Wozu also das Geld verwilligen? Eine Minderheit von fünfzehn Mitgliedern stimmte in der That folgerichtig gegen die Verwilligung, die bei der Mehrheit nur aus dem Grunde durchging, weil die Regierung denn doch noch möglicherweise auf einen Weg gedrängt werden könne, wo ihr die verlangten Mittel nothwendig würden. In diesem Dilemma lag die ganze Hoffnungslosigkeit der schleswig-holsteinischen Sache, sofern sie von den Mittelstaaten abhängt, klar ausgesprochen. Auch die Eifrigsten mußten jetzt von ihrem Glauben an eine nationale Politik „Reindeutschlands“ geheilt sein, und wie die Kammer — übrigens mit geringer Mehrheit — gleichwohl ihrem Beschluß die Aufforderung hinzufügte, daß die Regierung sich zu einem festen Bündniß mit den anderen kleineren Staaten zusammenschließe, so war dies ein frommer Wunsch, der um zwei Monate den Ereignissen nachgehinkt kam. Sonst war in dieser Kammer Sitzung nur noch die entschiedene Sicherheit bemerklich, mit welcher der Ministertisch den Ansichten der Kammer gegenübertrat. Bis her hatte Herr v. Linden stets mit einer entgegenkommenden versöhnlichen Courtoisie die Sache behandelt. Jetzt zum ersten Mal sprach er aus einem andern Ton. Ungenirt nahm er die Verantwortung für die „rücksichtslose“ Antwort auf sich — so bezeichnete sie Hölder — welche der stuttgarter Versammlung auf ihre Adresse an das Staatsoberhaupt zugegangen war, mit höhnischer Befriedigung wies er darauf hin, daß seit dieser Antwort der Adressen weniger geworden seien, der ganze Ton seiner Rede zeigte, daß die Grenze, bis wohin die Regierung sich drängen lasse, unabänderlich gezogen sei. Was war der Grund? Hatten die kleineren Staaten von den Vormächten gegen das Versprechen der Nachgiebigkeit beruhigende Zusicherungen erhalten, welche sie auch eine erregte Stimmung des Volkes nicht fürchten ließ? oder waren sie zu der Ueberzeugung gekommen, daß es der Volksstimmung glücklicherweise doch an jener nachhaltigen Energie fehle, welche ihnen bedrohlich werden könnte?

Die Lage der Bevölkerungen in den Mittel- und Kleinstaaten ist unter diesen Umständen die traurigste. Ueberall der beste Wille, aber zugleich das Bewußtsein völliger Ohnmacht, nach den lauten und volltönigen Kundgebungen im Anfang jetzt das niederdrückende Gefühl, in den nationalen Angelegenheiten eine brach gelegte Kraft zu sein! Nicht das politische Interesse, sondern im Grunde nur noch die rein menschliche Theilnahme an dem Schicksal der unglücklichen Herzogthümer ist es, was der um sich greifenden Muthlosigkeit und Apathie einigen Widerstand entgegenzusetzen vermag. Die Parteisplaltungen, welche wieder in den Vordergrund zu treten beginnen, sind nur ein weiteres Symptom für das Stadium, in welchem wir uns befinden, und die gegenwärtigen Vorgänge in der Residenz geben ein Beispiel, das hoffentlich nirgends

Nachahmung finden wird. Eine radicale Fraction der liberalen Partei hat, während bisher die nationale Sache als solche von allen Parteien gemeinsam behandelt wurde, beschlossen, sich von dieser Gemeinschaft loszusagen und strebt, weil der Kampf jetzt wesentlich im Innern der einzelnen Staaten durchzuführen sei, die Constituirung einer rein demokratischen Partei an. Dieses Vorgehen motivirt sie damit, daß durch das Zusammenwirken der Parteien in der schleswig-holsteinischen Sache nichts Ersprießliches geleistet worden sei. Nun ist es wahr, daß das gemischte stuttgarter Comité, das nicht das Mandat aber die Autorität eines Landescomité hat, nicht eben große Energie entfaltete; in Bezug auf manche vom Lande geäußerten Wünsche, z. B. auf Abhaltung einer Landesversammlung, verhielt es sich ablehnend, retardirend; die Wahrnehmung, die in Bayern in Bezug auf das Verhältniß der Residenz zum Lande gemacht wurde, trifft genau ebenso auf Württemberg zu. Aber andererseits ist es unbestritten, daß das Wenige, was erreicht worden ist, doch eben durch jenes Zusammenwirken der Parteien erzielt wurde, und es ist nicht wohl abzusehen, was die Demokratie für sich in Bezug auf Schleswig-Holstein zu Stande bringen will. Auch ist nun jener Versuch insofern bereits gescheitert, als zwar die radicale Fraction unter Führung einiger vom Ausland erst vor kurzem zurückgekehrten politischen Flüchtlinge sich getrennt hat, aber nicht einen einzigen der bekannten Führer der Fortschrittspartei zu sich herüberzuziehen vermochte. Selbst die großdeutschen Demokraten hüteten sich, durch ihren Beitritt die Spaltung zu sanctioniren. Insofern wäre es kaum nöthig von diesen Dingen Notiz zu nehmen, wenn nicht eben durch jene dem politischen Leben der Heimath wiedergegebenen Männer ein Element in die Demokratie gekommen wäre, das für die Zukunft der Parteibildung nicht ohne Einfluß sein wird. Eben in ihre Hände ist auch seit einiger Zeit der „Beobachter“ übergegangen, bisher das Organ der Fortschrittspartei, wie sie sich auf den Landesversammlungen im Anschluß an das Nationalvereinsprogramm gebildet hatte, die neue Redaction debutirte aber mit einem Programm, das sich zum Nationalverein in den schärfsten Gegensatz stellte, indem sie ausdrücklich erklärte, wieder zu jener „gesunden“ Zeit zurücklenken zu wollen, wo die reinen Freiheitsfragen an der Tagesordnung waren, und in den Fällen, wo die Nationalität und die Freiheit mit einander in Conflict kommen, sich auf die Seite der Freiheit zu stellen!

Sonderbar! die Demokratie strebt auf ihren veralteten vormärzlichen Standpunkt zurück und stellt die freiheitlichen über die nationalen Fragen; Reformen, über deren Dringlichkeit nirgends mehr ein Zweifel ist, werden zögernd angefaßt; in volkwirthschaftlichen Dingen die alten schutzzöllnerischen Ideen festgehalten — ich glaube: Württemberg ist mit seinem König alt geworden! 7